Anfrage, DS-Nr. 2022/0836

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Rat	06.09.2022			

Betreff: Abnahme von Fingerabdrücken bei der Beantragung/Änderung von Personalausweisen
hier: Anfrage der Fraktion Volksabstimmung vom 30. August 2022

Sachdarstellung:

Frage 1: Die gesetzliche Grundlage ist § 5 Abs. 9 Personalausweisgesetz (PAuswG) auf Grund der Verordnung (EU) 2019/1157.

Frage 2: Seit August des Jahres 2021 müssen Bundesbürger auf neuen Personalausweisen ihre Fingerabdrücke erfassen lassen, die zusammen mit dem biometrischen Gesichtsfoto auf dem Dokument gespeichert werden. Die gesetzliche Grundlage für die neue Praxis wurde im November 2020 geschaffen, als der Bundestag das „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit im Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesen“ verabschiedet hatte. Mit dem Gesetz wurde die „EU-Verordnung 2019/1157 zur Sicherheit der Personalausweise von Unionsbürgern“ aus dem Jahr 2019 umgesetzt.

Das Bundesinnenministerium hat explizit darauf hingewiesen, dass nach Produktion und Aushändigung des Personalausweises die Fingerabdrücke beim Hersteller als auch bei der Behörde gelöscht werden, also nur auf dem Dokument selbst verbleiben.

An der Verfassungsmäßigkeit der Normen bestehen derzeit keine Bedenken.

Frage 3: Hinsichtlich der Geflüchteten oder Kriegsvertriebenen ist seitens des Gesetzgebers vorgesehen, dass im entsprechenden digitalen Verfahren alle 10 Fingerabdrücke gespeichert werden, um sicherzustellen, dass nicht in mehreren Staaten ein Asylantrag gestellt wird oder auch in mehreren deutschen Städten Leistungen parallel erlangt werden. Es handelt sich um ein aktuell eingeführtes Verfahren, das europaweit vereinbart wurde.

Frage 4: Hierzu wird auf die Ausführungen im Personalausweisportal des Bundesministeriums des Innern und Heimat (<https://www.personalausweisportal.de/>) und auf die Zuständigkeit der EU für das eingeführte Verfahren FREE verwiesen.

In Vertretung

Horst Wende

Beigeordneter und Stadtkämmerer